

Bericht aus der Sitzung des Mutlanger Gemeinderats vom 16. Juni 2020

Bürgermeisterin Eßwein begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der örtlichen Presse Frau Schwörer-Haag von der Gmünder Tagespost und Herr Schütte von der Rems-Zeitung.

Bürgermeisterin Eßwein und die Gemeinderatsmitglieder, vertreten durch Gemeinderätin Gaiser, heißen die neue Hauptamtsleiterin Frau Stüb zu ihrer ersten offiziellen Gemeinderatssitzung in Mutlangen herzlich willkommen.

Bürgerfragestunde

a) Dank an die Gemeindeverwaltung

Herr Hartmann bedankt sich für die durch die Mutlangen-APP fortlaufend veröffentlichten aktuellen Informationen zur Corona-Pandemie.

b) Verlegung der L 1156 Mutlangen-Lindach

Herr Hartmann erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der geplanten Straßenverlegung nach Lindach.

Bürgermeisterin Eßwein erklärt, dass von der Gemeinde vor drei Wochen eine Anfrage ans Regierungspräsidium gesendet wurde, aber man bisher keine Antwort darauf erhalten habe.

Herr Siedle ergänzt, man habe diese Thematik bereits regelmäßig beim Regierungspräsidium angefragt.

c) Pavillon

Herr Hartmann möchte wissen, wieso die Gartenwirtschaft im Pavillon nicht aufgebaut sei und auch sonst bis auf den Eisverkauf keine Gastronomie angeboten werde.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass man diesbezüglich momentan in intensivem Austausch mit dem Gastronomen des Pavillons stehe.

d) Fehlende Straßenbeleuchtung Distelweg

Herr Schüler erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der fehlenden Straßenbeleuchtung im Distelweg.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass vor zwei Wochen ein Vororttermin mit den Grundstückseigentümern stattgefunden habe. Im Rahmen dessen sei den Eigentümern der Kompromissvorschlag, eine Solarlaterne anzubringen, gemacht worden. Ein Angebot hierfür sei ebenfalls bereits angefordert worden.

d) Fahrradverkehr

Herr Lasermann möchte wissen, ob derzeit die Erstellung eines Radwegeplans und der Ausbau der Radwege in Planung seien. Aufgrund der fehlenden innerörtlichen Radwege komme es immer wieder zu Störungen der Autofahrer und Fußgänger.

Bürgermeisterin Eßwein erklärt, dass Radschutzstraßen im Ort angesichts der zu schmalen Straßen nicht möglich seien. Die Verbesserung des Fahrradverkehrs werde unter anderem in der kommenden Klausurtagung im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes thematisiert.

Neufassung der Polizeilichen Umweltschutzverordnung der Gemeinde Mutlangen

Bürgermeisterin Eßwein führt ins Thema ein und übergibt das Wort an Herrn Siedle, der die Neufassung der Polizeiverordnung anhand einer Präsentation erläutert.

Die bislang gültige Polizeiverordnung wurde am 11. Februar 2014 beschlossen. Aufgrund verschiedener Gesetzesänderungen und der Rechtsprechung in den vergangenen Jahren, musste die Polizeiverordnung überarbeitet bzw. neu gefasst werden. Auch hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass es sinnvoll ist, einige Tatbestände neu in die Verordnung aufzunehmen.

Der Entwurf der Polizeiverordnung wurde auf der Grundlage der neuen Musterverordnung des Gemeindetags erstellt. Dabei wurden einzelne Bestimmungen den örtlichen Verhältnissen angepasst.

Nach § 10 Polizeigesetz (PolG) können die allgemeinen Polizeibehörden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach dem Polizeigesetz Polizeiverordnungen erlassen. Aufgabe der Polizeibehörden ist es, Gefahren abzuwenden, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird und Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu beseitigen, soweit es im öffentlichen Interesse geboten ist. Der Erlass einer Polizeiverordnung setzt somit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung voraus. Während für den Erlass polizeilicher Einzelmaßnahmen eine konkrete Gefahr erforderlich ist, genügt zum Erlass einer Polizeiverordnung eine abstrakte Gefahr.

Beim Erlass von Polizeiverordnungen sind die allgemeinen polizeilichen Rechtsgrundsätze der §§ 3 bis 9 PolG zu beachten. Dazu gehören insbesondere der Grundsatz der Erforderlichkeit, der Grundsatz des geringst möglichen Eingriffs und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Polizeiverordnungen dürfen nur Gebote oder Verbote enthalten, die der Erfüllung polizeilicher Aufgaben dienen. Diese müssen hinreichend bestimmt sein, das heißt der Adressat muss wissen, wozu er berechtigt oder verpflichtet ist.

Polizeiverordnungen dürfen nicht mit Gesetzen oder Rechtsverordnungen übergeordneter Behörden im Widerspruch stehen. Ein solcher Widerspruch liegt vor, wenn die Polizeiverordnung abweichende Regelungen gegenüber einer übergeordneten Rechtsnorm trifft und wenn Regelungen enthalten sind, obwohl eine höherrangige Vorschrift für dieses Sachgebiet eine abschließende Regelung enthält.

Zuständig für den Erlass einer gemeindlichen Polizeiverordnung ist die Bürgermeisterin als Ortspolizeibehörde. Wenn die Verordnung länger als einen Monat gelten soll, bedarf sie der Zustimmung des Gemeinderats.

Tatbestände der Ruhestörung finden sich nun in § 3 der Verordnung.

In § 14 wurden Regelungen zur Rattenbekämpfung aufgenommen. Diese waren früher im Seuchengesetz enthalten. Nachdem diese Regelungen zwischenzeitlich nicht mehr im Spezialgesetz enthalten sind, wurden sie wieder (wie früher schon einmal) in die Polizeiverordnung aufgenommen.

Neu wurden in § 16 Regelungen zur Behandlung und Bereitstellung von Abfällen und Wertstoffen aufgenommen.

Verhaltenstatbestände, die zur Belästigung der Allgemeinheit führen können, wurden in § 18 ergänzt.

Wenn der Gemeinderat dieser neuen Polizeiverordnung zustimmt, kann diese nach Veröffentlichung am 1. Juli 2020 in Kraft treten.

Es wird vorgeschlagen, dass der Gemeinderat der neugefassten Polizeiverordnung gegen umweltschädliches Verhalten, Belästigung der Allgemeinheit, zum Schutz der Grün- und Erholungsanlagen und über das Anbringen von Hausnummern zustimmt.

Gemeinderätin Gaiser erkundigt sich, ob ein Vorgehen zur Bekämpfung von Mardern, Waschbären und ähnlichen Tieren analog zur Rattenbekämpfung ebenfalls in der Verordnung geregelt werden könnte.

Herr Siedle erläutert, dass die Verordnung diese Regelungen nicht enthalten kann. In solchen Fällen werde man auf den Jäger und dessen Lebendfallen verweisen.

Gemeinderätin Windschüttl möchte wissen, ob die Regelung in § 16 Abs. 1 der Verordnung, dass die zur öffentlichen Abfuhr vorgesehene Abfälle und Wertstoffe (Gelber Sack, Biomüll, usw.) nicht vor 18.00 Uhr am Abend vor dem Abfuhrtermin des Entsorgungsunternehmens am Straßenrand bereitgestellt werden dürfen, so genau getroffen werden müsse.

Herr Siedle erklärt, dass eine genaue Uhrzeit festgelegt werden sollte, insbesondere auch aufgrund der Ungezieferproblematik beim Biomüll. Die Uhrzeit 18.00 Uhr ist aus der Mustersatzung entnommen, man könne jedoch auch eine abweichende Uhrzeit festlegen.

Gemeinderat Vogel erkundigt sich, ob die Nutzung eines Holzkohlegrills nach der Verordnung als Geruchsbelästigung gelte und man hierfür eine Genehmigung benötige.

Herr Siedle entgegnet, dass dies nicht generell als Geruchsbelästigung zu werten ist und auch keine Genehmigung benötigt werde.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der Polizeilichen Umweltschutzverordnung einstimmig zu.

Die Neufassung der Polizeilichen Umweltschutzverordnung wurde bereits in der vergangenen Woche im Amtsblatt veröffentlicht.

Kläranlage/Sanierung und Erweiterung

Bürgermeisterin Eßwein führt ins Thema ein und übergibt das Wort an Herrn Grahn, der die Thematik anhand einer Präsentation erläutert.

Die Arbeiten am Hauptprojekt – dem Nachklärbecken – verlaufen planmäßig. Das Becken sowie die Ein- und Auslaufbauwerke sind zwischenzeitlich komplett betoniert und ausgeschalt. Das Landratsamt hat die Dichtheit des Beckens bescheinigt, was auf die gute Betonierarbeit der Baufirma zurück zu führen ist; was im Übrigen keine Selbstverständlichkeit darstellt. Zwischenzeitlich wurde das Wasser abgelassen, sodass die Arbeiten im Becken wie unter anderem Bodenglättung durchgeführt werden können. Die Baugrube wurde seit dem Versand der Gemeinderatsunterlagen verdichtet. Sämtliche Spundwände wurden gezogen und abtransportiert. Nachfolgend hebt die Baufirma die Grube für die Erstellung des Gebläsehauses aus.

a) Vergabe der Leistungen Gewerk Elektrotechnik

Am 5. Mai erfolgte die Ausschreibung des Gewerkes „Elektrotechnik“ öffentlich im Staatsanzeiger Baden-Württemberg. Die Submission fand am 9. Juni öffentlich im Rathaus statt. Da die Submission nach Versand der Sitzungsunterlagen stattfand, liegt die Bieterliste als Tischvorlage in der Gemeinderatssitzung aus.

Die Arbeiten im Gewerk E-Technik umfassen unter anderem Schaltschränke, Notstromanlage, Blitzschutz, Verrohrungen, Beleuchtung, Heizung, Einbindung der Gerätschaften und die gesamte Installation.

Die damalige Kostenberechnung vom Ingenieurbüro Peter Köder bezifferte die Leistungen des Gewerkes auf 269.000 € brutto.

Aufgrund der allgemein gestiegenen Preise und der Tatsache, dass einige Produkte in der Kostenberechnung nicht berücksichtigt wurden und erst während des Planungsprozesses an Bedeutung gewannen, erhöht sich der Preis.

Die Entwurfsplanung des Herrn Köder wurde in das Stadium der Ausführungsplanung überführt und um nicht disponible Leistungen ergänzt. So erhalten alle Pumpen wie Rücklaufschlamm und Grundwasserpumpe Frequenzumrichter, um so die Stromkosten massiv zu senken. Im Weiteren muss das Gebläsehaus beheizbar sein, um Frostschäden zu vermeiden. Der Rückbau des Altbestandes war ebenso in der Kostenberechnung nicht enthalten sowie die zwischenzeitlich zum Austausch stehenden Telefonanlage. In der wasserrechtlichen Genehmigung ist eine Blitzschutzanlage für alle neuen Anlagenteile (auch des Nachklärbeckens) gefordert, was nicht vorauszusehen war. Zwischenzeitlich sind Höhenstandsmessungen ausgefallen und ein Probenehmer steht zum Tausch aus. Zudem ist der Wunsch des Kläranlagenpersonals nach einer weiteren Fernüberwachung von Kläranlagenteilen in das Leistungsverzeichnis eingeflossen, was den täglichen Arbeitsalltag erleichtert und eine mehr als sinnvolle Ergänzung des Fernleitsystems darstellt.

Um die Kosten vor der Submission konkretisieren zu können, erstellte das Ingenieurbüro Strobel ein bepreistes Leistungsverzeichnis. Grundlage des LV sind Preise aktueller Ausschreibungen. Dieses LV weißt einen Endpreis in Höhe von 373.000 € aus. Schlussendlich wird das Submissionsergebnis zeigen, welche Mehrkosten effektiv zu erwarten sind.

Herr Grahn weist darauf hin, dass die günstigste Bieterin, die Firma Stoll & Ziegler Automation GmbH, bekannt ist und man bereits gute Erfahrungen mit dieser gemacht hat. Zudem ist der Angebotspreis in Höhe von 300.000,00 € brutto deutlich geringer, als nach dem bepreisten Leistungsverzeichnis zu erwarten war. Gemeinderat Schurr erkundigt sich, ob es sich bei dem Gewerk Elektrotechnik um Standardtechnik handle.

Herr Grahn erläutert, die Technik ist qualitativ etwas über dem Standard, da einige technischen Extras den Betriebsablauf signifikant erleichtern könnten. Die Prozessleittechnik wird etwas aufgewertet, um diese auf die Fernwirktechnik aufzuschalten. Dies erleichtert den täglichen Ablaufprozess enorm, da alle Daten auf dem Tablet abgelesen werden können und so dem stabilen Reinigungsprozess dient.

Gemeinderätin Kaim möchte wissen, ob die Technik zukunftsfähig ist.

Herr Grahn erklärt, dass der aktuelle Stand der Technik eingebaut werde. Es könnten in der Ausschreibung Produkte weggelassen werden. Allerdings gibt es dann bei einer späteren Aufrüstung Schwierigkeiten, da die Technik fortschreite und es zu Kompatibilitätsschwierigkeiten kommen könnte.

Beschluss

Die Leistungen Gewerk Elektrotechnik werden einstimmig an die günstigste Bieterin, die Firma Stoll & Ziegler Automation GmbH, Gögginger Straße 11, 73569 Eschach zu einem Angebotspreis in Höhe von 300.000,00 € brutto vergeben.

b) Ausgleichsmaßnahme Waldumwandlung

Im Zuge der Erweiterung der baulichen Anlagen auf dem Kläranlagengelände tätigte die Gemeinde Grunderwerb. Das Gros der zugekauften Fläche bestand aus Grünflächen. Allerdings mussten auch kartierte Waldflächen erworben werden, die

vor der eigentlichen Bautätigkeit weichen mussten. Gemäß Waldumwandlungsgesetz ist für die 300 m² entfallene Waldfläche ein Ausgleich zu schaffen.

Aufgrund dessen muss nun ein Antrag auf Aufforstung beim Landratsamt gestellt werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Revierförster, Herr Kronmiller, soll am Ende der Talstraße („Schlittenhang“) eine Aufforstung von rund 120 a vorgenommen werden. Es handelt sich um einen rund 15 m breiten Streifen, der eine Arrondierungsfläche mit Kirschen, Eichen, Weißdorn und Hartriegel darstellen soll. Es entstehen hierbei Kosten von rund 7.000 €. Diese müssen nächstes Jahr in den Haushaltsplan eingestellt werden.

Gemeinderat Mayer erkundigt sich, wieso der alte Baumbestand im Zuge der Aufforstung teilweise gefällt werden müsse.

Herr Grahn erläutert, dass nach Auskunft des Försters der derzeitige Baumbestand eine Monokultur aufweise und es sich somit um keinen hochwertigen Wald handle, der zu erhalten sei. Durch den neuen Baumbestand könne der Wald aufgewertet werden. Zudem erhält der Wald eine Arrondierung. Der ältere Waldbestand wird mit dem neuen Wald in der Arrondierungszone gemischt, damit ein Übergang entsteht. Dies würde nicht nur dem Wald, sondern ebenso der Optik dienen.

Gemeinderat Podhorny hält es für sinnvoll, nach einem anderen Platz für die Ausgleichsmaßnahme Waldumwandlung zu suchen, um den Schlittenhang zu erhalten.

Herr Grahn erklärt, dass gemeinsam mit dem Förster nach geeigneten Plätzen gesucht wurde und dabei keine Alternative gefunden werden konnte. Man könne jedoch nochmal mit dem Förster ins Gespräch gehen und gemeinsam einen Vororttermin vereinbaren, um nach Möglichkeiten zu suchen.

Beschluss

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die Ausgleichsmaßnahme gemäß Waldumwandlungsgesetz umzusetzen. Der genaue Standort wird noch festgelegt.

Grundschule Hauptstraße - Verbesserung des Brandschutzes/ Errichtung eines zweiten baulichen Rettungsweges

Bürgermeisterin Eßwein führt ins Thema ein und übergibt das Wort an Herrn Grahn, der die Drucksache anhand einer Präsentation vorstellt.

Die Grundschule wurde im Jahr 1956 als ein zweistöckiges Gebäude in Massivbau erstellt. 1977 erhielt das Gebäude eine Aufstockung. Die Aussteifung des Gebäudes geschah durch Stahlbetongurte, die in die Wände zwischen den einzelnen Klassenzimmern auf 20 cm Höhe eingezogen wurden. Das Dach wurde in Holz ausgeführt. 2003 wurden zusätzliche Toiletten in das bestehende Gebäude eingebaut. 2010 erfolgte eine energetische Sanierung der Aufstockung. Es erfolgte obendrein eine Dachsanierung. Die Außengestaltung des Schulhofes in Form einer Anlegung des großen Spielplatzes erfolgte 2011. Im selben Jahr wurde im Untergeschoss ein Werkraum sowie die Küche im EG eingebaut. Vor drei Jahren wurde die Heizung im Gebäude erneuert und mit dem Gastropavillon einen Nahwärmeverbund eingerichtet. Die Entfluchtung des Gebäudes sieht das Treppenhaus als alleinigen Fluchtweg vor.

Bei einer Brandverhütungsschau durch das Baurechtsamt des Landratsamtes im Jahr 2018 wurden einige Mängel festgestellt.

Diese sind u.a.:

- Fehlender zweiter baulicher Rettungsweg im ganzen Gebäude
- Weniger praxistaugliche Entfluchtung aus dem UG, vor allem aus dem Werkraum und Turnraum
- Fehlende Rauchwarnmelder im Gebäude

Kleinere Mängel, wie die Instandsetzung der Fluchtwegebeleuchtung etc., wurden kurzfristig behoben.

Die Verwaltung hat auf Basis der Maßnahmenliste zur Beseitigung der Mängel Vorschläge erarbeitet, wie eine Verbesserung des Brandschutzes aussehen könnte.

1. Erstellung eines Fluchtturmes in Aluminiumgerüstbauweise auf der Südseite des Gebäudes (Schulhof). Hierbei findet die Entfluchtung aus dem ausreichend dimensionierten Fenster zur Treppenanlage statt. Die Breite der Treppenstufen misst 1,00 m. Die Anlage verfügt über einen Handlauf. Der Turm misst 5,14 m x 3,57 m, was eine Gesamtfläche von rund 19 m² ergibt. In der Anlage der Sitzungsvorlage sind Pläne zu finden, die den Turm in den örtlichen Ausmaßen skizzenhaft zeigt. Die Fassadenansicht wird sich nach der Erstellung des Turmes radikal verändern. Aus Kostengründen und einem möglichen absehbaren Rückbau des Gebäudes favorisiert die Verwaltung die Stellung des Gerüstturmes statt einer massiven Fluchttreppe. Die Maßnahme erhält die Freigabe durch das Baurechtsamt – eine baurechtliche Genehmigung ist nicht erforderlich. Die Umsetzung einer Fluchtrutsche wurde überprüft. Allerdings ginge nur die Entfluchtung aus dem zweiten Obergeschoss. Kostenpunkt ohne massivem Fundament ca. 43.000 €. Bei dieser Variante hätte die Entfluchtung aus dem ersten Obergeschoss mittels Anlegeleiter erfolgen müssen.

2. Herstellung einer Verbindung aller Klassenzimmer je Stockwerk mittels Einbau von Türen. Dies geschieht im 1. OG problemlos. Durch die Aussteifung des Gebäudes mittels Stahlbetongurt im 2. OG sind nach derzeitiger Sachlage je Klassenzimmer diese Gurte mit Podest zu überwinden. Derzeit erfolgt die statische Untersuchung, ob der störende Betongurt an den projektierten Türen aufgeschnitten werden kann. Der Einbau der Türen wird in der Lehrerschaft positiv aufgenommen, da kleinere Schülergruppen in den benachbarten Klassenzimmern mitbetreut werden können.

3. Einbau einer einfachen Treppenanlage, um die Entfluchtung des UG zu ermöglichen. Dort soll mittels Holztrittstufen der Ausstieg aus dem UG (Fenster) ermöglicht werden. Zudem ist die Erstellung einer Türe zwischen dem Turn- und Werkraum erforderlich.

4. Anbringen von Rauchwarnmeldern im Gebäude. Diese Maßnahme wird von Seiten der Gemeinde in Eigenregie durchgeführt.

5. Ertüchtigung aller Klassenzimmertüren. Einbau von neuen Dichtungen als schützende Rauchsperrern, die den Anforderungen an den Rauchschutz genügen. Damit soll die nötige Sicherheit vor tödlichem Brandrauch hergestellt werden.

Sämtliche Maßnahmen sind mit dem Baurechtsamt abgestimmt.

Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll bis Ende der Sommerferien abgeschlossen sein.

Im Haushalt sind für die gesamte brandschutztechnische Ertüchtigung des Grundschule 78.000 € eingestellt.

Wie bereits in der Sachdarstellung genannt, verändert sich die Fassade der Grundschule massiv. Damit die Ausmaße flächenmäßig in der Örtlichkeit besser eingeschätzt werden kann, sind die Umrandungen vor Ort abgesteckt.

Auf Frage von Gemeinderat Hinderberger erläutert Herr Grahn, dass die anderen Seiten des Schulgebäudes nicht als Standort für den Fluchtturm geeignet seien. Auf der einen Seite verläuft die Hauptstraße, westlich liegt das Kleinspielfeld des Außenspielbereiches und auf nördlicher Richtung der eigentliche Rettungsweg, welcher für die Drehleiter benötigt wird.

Gemeinderat Vogel gibt zu bedenken, dass es sich bei den geplanten Maßnahmen um kein ganzheitliches Brandschutzkonzept handle und die Lehrer geschult werden müssten, den zweiten Rettungsweg durchzuführen.

Herr Grahn erläutert, dass alle von der Baurechtsbehörde vorgeschriebenen Maßnahmen umgesetzt werden. Darüberhinausgehende Maßnahmen wären sehr kostspielig und aufgrund des möglichen absehbaren Rückbaus des Gebäudes nicht sinnvoll. Des Weiteren merkt er an, dass an den Schulen zweimal im Jahr eine Feuerwehrrübung stattfindet, wodurch auch die Lehrer geschult werden.

Bürgermeisterin Eßwein ergänzt, dass der Maßnahmenplan von mehreren Fachleuten abgesegnet wurde.

Gemeinderätin Kaim hält es für fraglich, ob jüngere Kinder den Fluchtturm benutzen würden.

Bürgermeisterin Eßwein erklärt, dass dies mit den Kindern geübt werden müsse aber kein Hinderungsgrund darstelle.

Gemeinderätin Offenloch hält den Fluchtturm als zweiten Rettungsweg für sinnvoll und die momentan, auch aufgrund der geringen Kosten, beste Lösung.

Auf Frage von Gemeinderat Weiler erläutert Herr Grahn, dass der Fluchtturm nach Auskunft des Kreisbaumeisters nicht dauerhaft genehmigt werden könne, jedoch auch kein genauer Zeitraum genannt wurde.

Bürgermeisterin Eßwein fasst zusammen, dass es sich bei dem Fluchtturm um die bestmögliche kurzfristige Lösung handle. Falls der Standort der Grundschule doch länger bestehen werde, könne man über Aufrüstungen und weitere Brandschutzmaßnahmen nachdenken.

Gemeinderätin Kaim erkundigt sich, ob durch die Rauchwarnmelder automatisch die Feuerwehr alarmiert werde.

Herr Grahn entgegnet, dass dies nicht der Fall ist. Die Nachrüstung einer Weiterleitung würde den Zeit- und Kostenrahmen bei Weitem übersteigen. Zudem sei die Telefonanlage der Grundschule hierfür auch zu alt.

Bürgermeisterin Eßwein ergänzt, die Priorität liege darin, dass die Kinder im Falle eines Brandes schnell aus dem Gebäude kommen. Dies könne durch den zweiten Rettungsweg nun sichergestellt werden.

Beschluss

Die Leistungen werden einstimmig an die günstigste Bieterin, die Firma PAGEL Gerüstbau, Rehhaldenstraße 15/1, 73665 Plüderhausen zu einem Angebotspreis von ca. 35.000 € vergeben.

Aussetzung der Kinderbetreuungsgebühren für den Monat Juni

Bürgermeisterin Eßwein führt ins Thema ein und gibt vorab bekannt, dass ab dem 29. Juni der Regelbetrieb in den Kindergärten und der Kleinkindbetreuung im Lämmle wieder eingeführt wird.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass die Betreuungsgebühren momentan nur anfallen, wenn die Notbetreuung in Anspruch genommen wird. Nun soll entschieden werden, ob die Betreuungsgebühren für Juni erneut ausgesetzt werden. In der Sitzung des Gemeinderats am 21. Juli soll dann der Beschluss

gefasst werden, ob die seit März ausgesetzten Betreuungsgebühren erlassen werden.

Bürgermeisterin Eßwein informiert, dass durch eine finanzielle Förderung des Landes die bislang ausgesetzten Kinderbetreuungsgebühren in etwa gedeckt werden konnten. Fraglich sei jedoch, ob man für den Monat Juni erneut eine Förderung des Landes erhalten werde.

Gemeinderätin März erkundigt sich, wie viele Kinder momentan nicht betreut werden.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass hierzu keine Zahlen vorliegen, jedoch momentan circa 115 Kinder in der Notbetreuung seien.

Gemeinderätin Mayer merkt an, dass sich derzeit etwa 50 % der Kinder in der Notbetreuung befänden.

Gemeinderätin Windschüttl möchte wissen, ob der Regelbetrieb räumlich und personell möglich sei.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass hierzu am 17. Juni eine Telefonkonferenz mit den Leitungen der Kindergärten stattfinden werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aussetzung der Kinderbetreuungsgebühren für den Monat Juni.

Anfragen der Mitglieder des Gemeinderats

a) Gabionen

Gemeinderätin März möchte wissen, ob in der Bauverordnung ein Verbot für Gabionen festgelegt werden könnte.

Herr Siedle erläutert, dass eine solche Regelung nicht für bestehende Baugebiete gelten könne, aber in neue Bebauungspläne aufgenommen werden könnte.

b) Straßenmarkierungsarbeiten

Gemeinderat Fauser erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Straßenmarkierungsarbeiten.

Herr Siedle informiert, dass momentan etwa 80 % der beauftragten Arbeiten abgeschlossen seien.

c) Mulcharbeiten

Gemeinderat Fauser erkundigt sich, ob die Heckenmulcharbeiten bereits abgeschlossen sind und andere Mulcharbeiten in Auftrag gegeben wurden.

Bürgermeisterin Eßwein entgegnet, dass die anderen Mulcharbeiten in gleichem Umfang vergeben wurden. Zu der Thematik werde in der nächsten Sitzung Rückmeldung gegeben.

d) Defekte Spielgeräte auf dem Spielplatz Rosensteinstraße

Gemeinderat Podhorny informiert über ein defektes Klettergerüst, aus dem eine Stufe abgebrochen sei.

Gemeinderätin Gaiser ergänzt, dass der Fallschutz des Balancierbalkens auf diesem Spielplatz ebenso repariert werden müsse.

Bürgermeisterin Eßwein erklärt, dies werde an den Bauhof weitergegeben.

e) Außenanlage Forum

Gemeinderätin Kaim schlägt vor, den Schotter in der Außenanlage zu entfernen und stattdessen etwas einzupflanzen.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dies sei bereits geplant und werde der in diesem Jahr noch neu eingestellten Gärtnerin des Bauhofs in Auftrag gegeben.

f) Altkleidercontainer und Altglascontainer

Gemeinderätin Windschüttl informiert, dass die Container dringend geleert werden müssten, da diese bereits überquellen würden.

Herr Siedle entgegnet, dies werde dem DRK und der GOA weitergegeben.

Gemeinderätin Kaim erläutert, die vollen Kleidercontainer seien ein bundesweites Problem, da der Abverkauf von Second-Hand-Klamotten aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich war und nun ein Lagerproblem bestehe.

g) Jugendbeirat

Gemeinderätin Windschüttl erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Jugendbeirats.

Bürgermeisterin Eßwein informiert, dass drei Mitglieder angekündigt haben aufzuhören. Man wolle daher nun aktiv Werbung machen. Sie bittet Frau Russ, die Auszubildende der Gemeinde Mutlangen und Mitglied des Jugendbeirats, sich kurz dazu zu äußern.

Frau Russ erläutert, dass der Jugendbeirat vor kurzem eine Skypekonferenz hatte und sich Gedanken dazu gemacht habe, wie man neue Mitglieder gewinnen könnte. Unter anderem möchte man nun mit den Schulen in Kontakt treten, um durch die SMV neue Jugendliche zu gewinnen.

h) Mountainbike-Strecke nach Schwäbisch Gmünd

Gemeinderätin Kleinschmidt erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der geplanten Mountainbike-Strecke.

Bürgermeisterin Eßwein informiert, dass in der nächsten Gemeinderatssitzung der aktuelle Stand erläutert werde.